

**BAVARIAN GREEN DEAL**

# UMBAU BAYERN.

Wirtschaft und Wohlstand  
bewahren

**BÜNDNIS 90  
DIE GRÜNEN**

LANDTAG BAYERN

# INHALT

---

## Bavarian Green Deal für Mittelstand und KMU: zukunftsfähig, ökologisch, gerecht

Seite

I. GRÜNE Ideen für den Bayerischen Mittelstand .....	3
II. Bedeutung des Mittelstands für Bayern .....	4
III. Aktuelle und zukünftige Herausforderungen für den bayerischen Mittelstand .....	5
1. Klimakrise und wachsender Ressourcenverbrauch .....	5
2. Digitalisierung .....	6
3. Demografischer Wandel .....	7
4. Globalisierung .....	7
IV. Bavarian Green Deal – Bayern als erstes klimaneutrales Bundesland .....	8
1. Aufbruch zu einer klimaneutralen Wirtschaft .....	8
2. Fachkräfte der Zukunft .....	10
3. Zukunftsfähige Fahrzeugindustrie und Maschinenbau in Bayern .....	11
4. Mit Innovationen Ressourcen schützen .....	12
5. Mittelstand goes Digital .....	13
6. Förderprogramme dem Mittelstand zugänglich machen .....	13
7. Mittelstandsfreundliches Vergabegesetz .....	14
8. Bürokratie vereinfachen: E-Government vorantreiben .....	14
9. Nachhaltigen Finanzen für Unternehmen und Klima .....	15
10. Europäische Zusammenarbeit ohne Grenzkontrollen .....	16

# I. GRÜNE Ideen für den Bayerischen Mittelstand

Für uns GRÜNE ist klar, dass wir die durch Corona bedingte Wirtschaftskrise und die Klimakrise zusammen angehen. Nach Vorbild des Europäischen Green Deal wollen wir für Bayern einen **Bavarian Green Deal**, der unserem Mittelstand schnell aus der Krise hilft. Mit einer **ökologischen, gerechten und zukunftsfähigen Wirtschaft** sind die bayerischen Unternehmen wettbewerbsfähig und die Lebensqualität in Bayern verbessert sich.

Das **Rückgrat und Jobmotor** der bayerischen Wirtschaft sind **kleine und mittelständische Unternehmen**, diese wollen wir stützen, erhalten und bei dem notwendigen Strukturwandel unterstützen. Denn auch neben der Corona-Krise und Klimakrise steht der bayerische Mittelstand vor zahlreichen Herausforderungen in den nächsten Jahren.

## Zentrale Elemente des Bavarian Green Deal für den Bayerischen Mittelstand:

- Wir wollen unsere Bayerischen Beschäftigten fit für die Zukunft machen und setzen bei Weiterbildungen auf **regionale Bildungsagenturen als zentrale Anlaufstelle** vor Ort und stellen damit **staatliche Förderung und Beratung aus einer Hand** sicher.
- Wir wollen die digitale Infrastruktur schnell und kostengünstig ausbauen, daher stellen wir den **Netzbetreibern bestehende staatliche Infrastruktur zu fairen Konditionen** zur Verfügung.
- Bei dem anstehenden Transformationsprozess in der Fahrzeugindustrie und im Maschinenbau brauchen wir einen **starken Mittelstand** entlang der gesamten **Wertschöpfungskette**, den wir mit einem **ökologischen Transformationsfonds in Höhe von 300 Mio. Euro** unterstützen wollen.
- Aufbau eines **100 % erneuerbaren Energiesystems** und **flächendeckenden ÖPNV-Angebots**
- **Konzept zur Nutzung von Forschungsergebnissen** für **mittelständische Betriebe**
- Zugang zu den Förderprogrammen des Freistaats für kleine und mittelständische Betriebe erleichtern
- **Landesstrategie für Ressourceneffizienz**
- **Eigenes Landesvergabegesetz** für eine **verbesserte Beteiligung von kleinen und mittelständischen Unternehmen** sowie Startups **bei öffentlichen Aufträgen**
- deutlich beschleunigter **Ausbau aller E-Government-Verfahren** und **E-Verwaltung**
- alle **Beteiligungen und Vermögensanlagen des Freistaats Bayern aus fossilen Geschäftsbereichen sofort beenden**
- **Einführung eines Wasserentnahmeentgelts** um Anreize für einen sparsamen Umgang mit der Ressource Wasser zu setzen
- Einbettung des **Bavarian Green Deal** in den **European Green Deal**

Wir GRÜNE wollen die vielen Arbeitsplätze, die Unternehmen und die Wettbewerbsfähigkeit der Bayerischen Wirtschaft erhalten. Mit dem **Bavarian Green Deal** stellen wir passgenaue Weichen und zeigen, wie **Klimaschutz, soziale Gerechtigkeit** und **Ökonomie** zusammengebracht werden können.

## II. Bedeutung des Mittelstands für Bayern

Der Mittelstand ist das Rückgrat der deutschen und bayerischen Wirtschaft. In über 600.000 kleinen und mittelständischen Unternehmen (bis 500 Beschäftigte) arbeiten in Bayern **über 4,4 Millionen sozialversicherungspflichtigen Beschäftigte** und diese stellen über ca. **170.000 Ausbildungsstellen** bereit. Die Kleinen und Mittelständischen Unternehmen bis 249 Beschäftigte erbringen in Bayern die Hauptausbildungsleistung. Größen- und Branchenstruktur des bayerischen Mittelstands entspricht weitestgehend dem Bundesdurchschnitt. Im Jahr 2017 gab es laut Daten des Statistischen Bundesamtes 622.000 Unternehmen in Bayern. Davon hatten etwas über 559.000 0 bis 9 Beschäftigte, knapp 50.000 mit 10 - 49 Beschäftigte und etwas über 10.000 mit 50 - 249 Beschäftigte. Nach **Umsatzgröße betrachtet gehören 99,7 % Unternehmen in Bayern zum Mittelstand**. Über 75 % der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten in Bayern arbeiteten im Jahr 2019 in KMU bis 249 Beschäftigte (Definition des IfM).

Die Kleinen und Mittelständischen Unternehmen erwirtschafteten **2018 mit knapp 2,40 Billionen Euro 34,4 % des gesamten Umsatzes in Deutschland**. Und steuerten damit rund 61,1 % zur gesamten Nettowertschöpfung aller Unternehmen bei. Der Exportumsatz lag bei rund 213,8 Milliarden Euro, das waren 15,9 % des Exportumsatzes aller Unternehmen. Unternehmen mit weniger als 500 Beschäftigten hatten im Jahr 2018 mit 10,4 Milliarden Euro einen Anteil von 11,2 % an den gesamten FuE-Aufwendungen des Wirtschaftssektors. (Quelle: IfM)

### Unternehmen nach Beschäftigtengrößenklassen und Regierungsbezirken (2015)

Gebiet	Unternehmen mit ... sozialversicherungspflichtig Beschäftigten					
	unter 10	10 bis 49	50 bis 249	250 oder mehr	insgesamt	
					Anzahl	Anzahl in %
Oberbayern	238 180	17 634	3 479	934	260 227	42,0
Niederbayern	50 749	4 069	838	157	55 813	9,0
Oberpfalz	40 462	3 856	756	191	45 265	7,3
Oberfranken	37 913	3 784	827	201	42 725	6,9
Mittelfranken	67 771	6 342	1 310	305	75 728	12,2
Unterfranken	49 388	4 823	1 045	222	55 478	9,0
Schwaben	75 514	6 430	1 390	336	83 670	13,5
<b>Bayern</b>	<b>559 977</b>	<b>46 938</b>	<b>9 645</b>	<b>2 346</b>	<b>618 906</b>	<b>100</b>

Besonders die ländlichen Regionen Bayerns profitieren von den hier ansässigen Unternehmen, diese tragen zu gleichwertigen Lebensverhältnissen in allen Teilen Bayerns bei. Die Unternehmen schaffen Arbeits- und Ausbildungsplätze, stellen eine lokale Nahversorgung sicher und unterstützen den kommunalen Haushalt. Außerdem ermöglichen sie es den Kommunen die Grundbedürfnisse zu erfüllen, wie z. B. Straßenreinigung oder Entsorgung. Für das wirtschaftliche Ökosystem in Bayern ist es wichtig, dass sowohl die Global Player und Dax-Konzerne, aber auch die Familienunternehmen, der industrielle Mittelstand und viele mittlere und kleine Unternehmen beste Ausgangsbedingungen am Standort Bayern erhalten.



## Familienunternehmen

Je Einwohner\*in gerechnet haben Baden-Württemberg und Bayern von allen Flächenländern die meisten großen Familienunternehmen. Ein Unternehmen wird als Familienunternehmen bezeichnet, wenn maximal drei Familien mindestens 50 % der Unternehmensanteile halten. Viele dieser Familien-Großunternehmen sind „Hidden Champions“ – Weltmarktführer in ihrem Nischensegment. Im Durchschnitt beschäftigten die größten Familienunternehmen 2016 rund 1.770 Mitarbeiter.

## Handwerk

Im Handwerk arbeiteten im Jahr 2018 ca. 941.000 Personen, das sind fast 17 % aller Beschäftigten in Bayern. Die 204.000 Betriebe erwirtschafteten einen Umsatz von knapp 220 Mrd. Euro. Das Handwerk allein stellt knapp 71.000 Ausbildungsplätze zur Verfügung. Das sind mehr als ein Drittel aller Ausbildungsstellen in Bayern.

## Freie Berufe

In Bayern gibt es über 880.000 Freiberufler\*innen, von Ärzte\*innen, Architekt\*innen, Steuerberater\*innen über Physiotherapeut\*innen, Rechtsanwält\*innen oder Kulturschaffenden. Davon sind über 240.000 selbständig, die zusätzlich 630.000 Menschen beschäftigen und im Jahr 2018 über 22.000 Ausbildungsstellen zur Verfügung stellten.

## III. Aktuelle und zukünftige Herausforderungen für den bayerischen Mittelstand

---

Der bayerische Mittelstand steht in den kommenden Jahren vor zahlreichen grundsätzlichen Herausforderungen, die wir GRÜNE identifizieren dabei vier konkrete Handlungsfelder.

### 1. Klimakrise und wachsender Ressourcenverbrauch

Die Erderwärmung nimmt global zu und ihre Folgen werden auch in Bayern immer deutlicher. Die meisten Unternehmen sind auf eine zuverlässige Versorgung mit Wasser, Energie und Rohstoffen angewiesen. Die Versorgungssicherheit muss dabei auch unter veränderten Klimabedingungen für alle bayerischen Betriebe sichergestellt sein. Teilweise werden sich Nachfrage nach Energie und Wasser stärker am Angebot orientieren müssen. Um die ökologischen Herausforderungen der zukünftigen Jahre und Jahrzehnte erfolgreich zu bewältigen, müssen auf allen politischen Ebenen verlässliche Rahmenbedingungen für eine sozial-ökologische Marktwirtschaft geschaffen werden. Für die bayerischen Unternehmen werden Klimaschutz und wirksame Anpassungsstrategien an die Klimawandelfolgen ein zunehmend wichtiger Wettbewerbsfaktor im globalen Wettbewerb. Die Unternehmen können mit Investitionen in Umwelt- und Effizienztechnologien auf mittlere Sicht Kosten reduzieren, nachhaltiges Wachstum generieren, die Basis für eine nachhaltige Zukunft schaffen und einen Wettbewerbsvorteil generieren.

Auf europäischer Ebene wurde der Green Deal für eine neue Klimastrategie auf den Weg gebracht. Dieser enthält Bausteine für eine ökologisch-soziale Transformation der Wirtschaft, die auch die bayerischen Unternehmen in den nächsten Jahren vor Herausforderungen stellen werden.

Zwei maßgebliche Ressourcen für die Wirtschaft sind Energie und Wasser. Seit 2018 deckt sich die sich in Bayern produzierte Menge an Strom nicht mit der verbrauchten Menge und es mussten ca. 10 % der verbrauchten Strommenge importiert werden. Laut Prognosen der Staatsregierung steigt der Anteil der importierten Strommenge auf 40 bis 50 % im Jahr 2025 in Bayern. Dies hat mehrere Gründe, zum einen werden in den nächsten beiden Jahren die letzten Atomkraftwerke Bayerns stillgelegt; zum anderen ist durch die 10-H Regelung der Ausbau der Windenergie in Bayern zum Erliegen gekommen. Dabei ist Windkraft - bundesweit - bereits heute mit Abstand die größte genutzte Stromquelle. Ziel ist nicht die autarke Vollversorgung in Bayern, aber der importierte Strom muss aus Erneuerbaren Energien sein, beispielsweise aus den Windparks an der Nordsee. Für einen effizienten Stromimport fehlt aber bisher die nötige Infrastruktur.

Ein wichtiger Bestandteil der Energiewende wird mittelfristig die Wasserstofftechnologie sein. Wasserstoff, der aus erneuerbaren Energien gewonnen wird, wird in der Industrie und im Bereich der Nutzfahrzeuge fossile Brennstoffe ersetzen.

Auch Wasser ist in Bayern ein wichtiger Standortfaktor, der in Zeiten des Klimawandels v.a. im Norden Bayerns gefährdet ist. Zum einen stellt Wasser nicht nur für die Landwirtschaft, sondern auch für viele andere Wirtschaftszweige einen essenziellen Produktionsfaktor dar. Die besonders von der Ressource Wasser abhängigen Unternehmen müssen sich auf das veränderte Klima und die sich aus regionalem Wassermangel ergebenden Betriebs-Risiken einstellen. Durch in Hitzeperioden steigende Wassertemperaturen in den bayerischen Flüssen gerät der Einsatz von Wasser zur Kühlung von Produktionsprozessen weiter in Gefahr. Hier braucht es einen geeigneten Regulierungsrahmen und nötigenfalls Anpassungsstrategien, damit sich Betriebe rechtzeitig auf solche Klimafolgen einrichten können. Zum andern ist die Wasserkraft ein wichtiger Energieträger: Sie deckt etwa ein Achtel des Bayerischen Stromverbrauchs.

## 2. Digitalisierung

Nicht erst die Corona-Krise hat uns die unbedingte Notwendigkeit der Digitalisierung vor Augen geführt, gleichzeitig hat diese Krise noch einmal Mängel und Versäumnisse der letzten Jahre verdeutlicht.

Eine Studie der vbw (Vereinigung der Bayerischen Wirtschaft) aus dem Dezember 2019 zeigt, dass in Bayern der Anteil der digitalisierten Unternehmen mit der Unternehmensgröße stark ansteigt. Bei den kleinen Unternehmen bis 49 Beschäftigte sind knapp 21 % digitalisiert, bei den mittelgroßen Unternehmen (50 bis 249 Beschäftigte) beträgt die Quote 31 % und bei großen Unternehmen (ab 250 Beschäftigten) sind es 35 %. Diese Zahlen belegen aber auch den großen Aufholbedarf, der vor den bayerischen Unternehmen in den nächsten Jahren liegt. Besonders das Handwerk ist bisher deutlich weniger digitalisiert als der Durchschnitt der gewerblichen Wirtschaft Bayerns.

Für eine gelingende Digitalisierung braucht es als Grundvoraussetzung eine Infrastruktur, die eine schnelle Internetverbindung ermöglicht. Reine Glasfaseranschlüsse haben bisher nur 11,6 % der Haushalte in Bayern. Über die Hälfte aller bayerischen Unternehmen gibt aber an, dass sie bereits heute einen entsprechenden Bedarf an Glasfaser haben. Hier muss schnellstmöglich nachgebessert werden, nur so können die Prozesse aller Produktionsstufen schrittweise digitalisiert werden. Zusätzlich zu einer belastbaren digitalen Infrastruktur wird eine hohe Digitalkompetenz von Mitarbeiter\*innen zunehmend wichtiger. Mit der Digitalisierung oder Automatisierung von Prozessen und Abläufen wandeln sich die Aufgabenbereiche, und Mitarbeiter\*innen müssen dafür vorbereitet sowie für neue sich daraus ergebende Herausforderungen, wie z.B. im Bereich der Cybersicherheit sensibilisiert sein. Für uns GRÜNE ist klar, Investitionen in den digitalen Wandel sichern die Zukunftsfähigkeit der Unternehmen.

### 3. Demografischer Wandel

In Bayern ist bis zum Jahr 2038, aufgrund der anhaltend hohen Wanderungsgewinne aus anderen Bundesländern oder dem Ausland, kein Bevölkerungsrückgang zu erwarten. Diese Zuwanderung findet hauptsächlich in zentral gelegene Städte und in die umliegenden Landkreise statt. In peripheren Gebieten reicht die Zuwanderung allerdings nicht aus, um die höhere Zahl an Sterbefällen aufzufangen, hier wird es sehr wahrscheinlich zu Bevölkerungsverlusten kommen. Somit wird es für die Unternehmen in den ländlichen Regionen Bayerns zunehmend schwierig, qualifiziertes Personal zu finden. Gleichzeitig werden Büroräume und Wohnungen in den Städten und im Umland zunehmend knapper, was zu einer Kostenexplosion für Unternehmen und Angestellten führt.

Bis 2025 werden in Bayern 350.000 Fachkräfte fehlen und dieser Mangel bedroht den Bestand und das Wachstum der Betriebe. Für 90% der bayerischen Unternehmen stellen die Verfügbarkeit und die Kosten von Fachkräften laut einer Studie der vbw ein Risiko für die aktuellen Geschäftsprozesse dar. Das Fehlen von Fachkräften führt dazu, dass Produktions- und Wachstumspotenziale nicht genutzt werden können und die Unternehmen nicht weiter investieren.

Auch der bayerische Ausbildungsmarkt steht vor großen Herausforderungen, im Jahr 2018 haben die bayerischen Unternehmen über 240.000 Ausbildungsplätze bereitgestellt. Allein die kleinen und mittelständischen Betriebe haben 2018 über **168.000 jungen Menschen einen Ausbildungsplatz** zur Verfügung gestellt, das sind **70% der Auszubildenden**. Zu Beginn des Ausbildungsjahrs 2019 war jede dritte Lehrstelle in Bayern noch unbesetzt. Besonders wenig Auszubildende findet das Handwerk sowie die Pflegebranche. Dieser Mangel an Auszubildenden hat gravierende Folgen für die Personalsituation der bayerischen Unternehmen. Angesichts der steigenden Renteneintritte bilden so viele bayerische Betriebe aus wie noch nie, um dem Fachkräftemangel innerbetrieblich entgegen zu wirken. Trotz erhöhtem Engagement der Betriebe, werden nicht genügend Auszubildende gefunden.

Im Jahr 2020 erleben wir einen veränderten Ausbildungsmarkt, da sich die Corona-Krise zunehmend auch auf den Ausbildungsmarkt auswirkt. Viele Betriebe reduzieren oder besetzen ihre Ausbildungsplätze angesichts rückläufiger Auftragszahlen dieses Jahr nicht. Wir GRÜNE begrüßen die auf Bundesebene beschlossenen Maßnahmen zur Unterstützung der Ausbildungsbetriebe und werden genau beobachten, ob die den Betrieben zugesagten Prämien für einen Erhalt des Ausbildungsangebots ausreichen.

Eine weitere Herausforderung für die Unternehmen besteht in dem Thema Nachfolge bzw. Übergabe des Unternehmens. Zwischen 2017 und 2021 stehen in Bayern fast 30.000 Betriebe mit knapp über 500.000 Beschäftigten vor einer Übergabe des Unternehmens. Der Nachfolgeprozess ist langwierig und kann je nach Unternehmen zwischen 3 und 10 Jahre dauern. Für viele Unternehmen stellt die Suche nach geeigneten Nachfolger\*innen ein erhebliches Zukunftsrisiko dar.

### 4. Globalisierung

Das exportorientierte Bayern ist auf einen starken europäischen Wirtschaftsraum angewiesen, daher muss der ökologische Umbau der Wirtschaft immer auch über die Landesgrenzen hinaus gedacht werden. Schon vor der Corona-Pandemie hat sich die bayerische Konjunktur abgekühlt und die Produktion ist zurückgegangen. Dies ist u.a. ein Resultat des außenwirtschaftlichen Umfelds, das durch zunehmenden Protektionismus und eine sich verändernde Globalisierung gekennzeichnet ist. Außerdem hat die Corona-Krise verdeutlicht, dass Lieferketten international teilweise zu konzentriert und zu abhängig von einzelnen Regionen der Welt sind. Chance und Herausforderung zugleich stellt laut

einer Studie des ifo-Instituts das Konzept der *Servitization* für die bayerischen Unternehmen dar. Besonders die großen Unternehmen haben bereits ihr Angebot auf die Kombination von Sachgütern mit Dienstleistungen ausgeweitet. Herausforderung, weil es für viele Unternehmen zu einer großen Umstellung bzw. Vergrößerung ihrer Produktionsprozesse führt. Chance, weil so eine höhere Diversifizierung innerhalb der Unternehmen erreicht wird.

Neben dem europäischen Binnenmarkt befinden sich auch im außereuropäischen Ausland wichtige Absatzmärkte für die bayerischen Unternehmen, der Handel mit diesen Ländern muss aber gesetzlich mit einer transparenten Gerichtsbarkeit geregelt sein. Wir GRÜNE stehen für Freihandelsverträge mit einklagbaren Standards für soziale Rechte, Umweltschutz und Klimaschutz und gegen Sozialdumping und Bodenspekulation. Dazu ist eine tiefgreifende Umgestaltung des Welthandels notwendig und die von den Vereinten Nationen beschlossenen Nachhaltigkeitsziele (SDG) müssen dabei den maßgebenden, weltweit verbindlichen Rahmen bilden.

Außerdem hat die Corona-Krise verdeutlicht, dass Lieferketten international teilweise zu konzentriert sind und zu abhängig von einzelnen Regionen der Welt sind.

## IV. Bavarian Green Deal – Bayern als erstes klimaneutrales Bundesland

---

Wir stehen aktuell vor einer doppelten Aufgabe und doppelten Chance: die durch Corona bedingte Wirtschaftskrise und die Klimakrise zusammen anzugehen. Denn die vielen Milliarden Euro, die wir bereit sind zu investieren, um unsere Wirtschaft und Arbeit wieder anzukurbeln, dürfen nicht in veraltete umweltschädliche Maßnahmen gesteckt werden. Unsere Unternehmen werden Verantwortung auch für den Schutz der Natur und der Artenvielfalt übernehmen müssen. Der europäische Green Deal und das Pariser Klimaabkommen müssen Grundlage unserer Strategie sein, um Arbeitsplätze zu sichern und neu zu schaffen und unsere Lebensqualität in Bayern zu verbessern – wir brauchen also den **Bavarian Green Deal**.

### 1. Aufbruch zu einer klimaneutralen Wirtschaft

Corona-Krise und Klimakrise zeigen die Verletzlichkeit unseres Wirtschafts- und Gesellschaftsmodells. Sie offenbaren auch die soziale Ungleichheit – sowohl in unserem Land, aber auch zwischen den Staaten dieser Welt. Um die vorhandenen und drohenden Krisen zu bewältigen sind die Rahmenbedingungen für eine ökologische Modernisierung, ein nachhaltiges Wirtschaftssystem und eine internationale gerechte Arbeitsteilung neu zu ordnen. Nur mit einem Aufbruch zu einer klimaneutralen Kreislaufwirtschaft schaffen wir es, dass der Krisenzustand nicht zum Dauerzustand wird. Wir GRÜNE wollen diesen Weg gemeinsam mit den Unternehmen, den Sozialpartner\*innen und den Beschäftigten gehen. Der wesentliche Kern der Energiewende ist der Ausbau der Erneuerbaren Energien. Wir wollen bis zum Jahr 2030 die Stromerzeugung in Bayern auf 100 % erneuerbare Energien umstellen. Gerade die dezentralen Energien schaffen viele Arbeitsplätze und Wertschöpfung in den Regionen. Sie sichern Arbeitsplätze im Handwerk, aber auch in der Zuliefererindustrie. So sind zahlreiche Unternehmen in Bayern mit Bauteilen für Windkraftanlagen beschäftigt. Die Nutzung der Dachflächen in den Gewerbegebieten für direkt genutzten Solarstrom ist nicht nur umweltfreundlich, er wird zunehmend als Eigenversorgung für die Unternehmen rentabel und schafft wiederum Wertschöpfung und Arbeitsplätze im eigenen Land. Darum legen wir GRÜNE einen Schwerpunkt auf den Ausbau der Erneuerbaren Energien. Die unsägliche 10-H-Abstandregelung für Windkraftanlagen muss schnell abgeschafft werden. Der Ausbau der PV-Anlagen auf staatlichen Gebäuden (z.B. Schulen),



soll vorangetrieben werden. Die vorhandenen Biogasanlagen wollen wir flexibilisieren, so dass sie nicht rund um die Uhr, sondern gezielt dann Strom produzieren, wenn Sonne und Wind wenig Leistung bringen. Der Wärmebereich ist der „schlafende Riese“ im Klimaschutz. Wir wollen die immensen Einsparmöglichkeiten bei den Treibhausgasemissionen im Wärmebereich schnell nutzen. Mit einem Bayerischen Erneuerbaren-Energien-Wärme-Gesetz schaffen wir die Grundlage für eine umfassende Sanierung unseres Gebäudebestandes. Dabei geht es nicht nur um den Einsatz von Erneuerbaren Energien, sondern auch um Energieeinsparung durch eine Optimierung der Gebäudehülle und um Nahwärmenetze. Im Verkehrsbereich werden in naher Zukunft Elektroautos einen großen Teil des motorisierten Individualverkehrs bedienen. Dazu ist der Ausbau der Ladeinfrastruktur – nach Möglichkeit in öffentlicher Hand – eine wichtige Voraussetzung. Zusätzlich müssen die Möglichkeiten für den Fahrradverkehr und den öffentlichen Nahverkehr umfassend expandieren. Auf der Bundesebene ist dazu ein wirksamer CO<sub>2</sub>-Preis die wichtigste rechtliche Grundlage. Hier ist es entscheidend, dass dieser Preis in Schritten auf ein Niveau angehoben wird, welcher die zu erwartenden Kosten des Klimawandels trägt (Verursacherprinzip). Dabei sind Planbarkeit und Verlässlichkeit der Beschlüsse für die Investitionsplanung der Unternehmen von zentraler Bedeutung. Auf internationaler Ebene bzw. auf der Ebene der EU brauchen wir eine CO<sub>2</sub>-Grenzausgleichsabgabe. Nur mit ihr kann der ruinöse internationale Wettbewerb, der durch klimaschädliche Produktionsweisen angeheizt wird (z.B. in China), wieder in geordnete Bahnen gelenkt werden. Mehr denn je zuvor sind die internationalen Handelsströme zu hinterfragen. Die einseitige Ausrichtung der Globalisierung auf möglichst kostengünstige Produktion vertieft die Ausbeutung von Mensch und Natur. Die Schaffung internationaler Standards und ihre verpflichtende Einhaltung als Grundlage für internationale Handelsbeziehungen sind wesentliche Bestandteile einer zukunftsfähigen Weltwirtschaft.

Auch die Baubranche ist geprägt von kleinen Betrieben und ist somit eine tragende Säule des Mittelstandes, rund 88 % der Betriebe beschäftigen weniger als 20 Mitarbeitende. Die Baubranche gehört zu den ressourcenintensivsten Wirtschaftszweigen, bietet aber auch enorme Einsparpotenziale. Der Bedarf an zusätzlichem Wohnraum bleibt vor allem in bayerischen Ballungsräumen weiterhin hoch. Wir wollen deshalb **klimagerechtes und ressourcenschonendes Bauen, den Einsatz nachwachsender CO<sub>2</sub>-bindender Baustoffe bei Nachverdichtung, Neubau und Sanierungsvorhaben** sowie den Erwerb und die Sanierung von Bestandsimmobilien durch klare Vorgaben als auch gezielte Förderung zu unterstützen. Dabei muss der Grundsatz gelten „Sanierung hat Vorrang vor Abriss“. Der flächenfressende Kiesabbau ist durch eine Quote für die Zumischung von recyceltem Altbeton zu minimieren.

Wir GRÜNE wollen die Zeit jetzt nutzen, um unsere **Tourismuswirtschaft in Bayern nachhaltiger, klimafreundlich** und vor allem zum **Wohl der Menschen in den Regionen** weiterzuentwickeln. Wir müssen weg von der reinen Quantitätsmessung in Form von Gästeankünften und Übernachtungszahlen. Hier brauchen wir endlich Qualitätskriterien, um den Erfolg zu messen. Wir wollen unsere Förderung von Investitionen in touristische Infrastruktur so umbauen, dass insbesondere Investitionen im Bereich des nachhaltigen, klimafreundlichen und **naturschonenden Tourismus** (Nachhaltige Mobilitätsangebote, innovative Freizeitprojekte, Anpassung der Infrastruktur an den Klimawandel) zukünftig gefördert werden. Besonders für den Tagestourismus brauchen wir sinnvolle Lenkkonzepte und attraktive Voraussetzungen für eine Anreise mit Bus und Bahn.

Um Berufspendlerinnen und -pendlern einen stressfreien und kostengünstigen Arbeitsweg zu ermöglichen, wollen wir GRÜNE das öffentliche Verkehrsangebot flächendeckend in ganz Bayern ausbauen - in der Stadt und auch auf dem Land. Beide haben zusammen das Potenzial, die Straßen von Staus zu entlasten und für den **Wirtschaftsverkehr frei zu machen**. Dazu wollen wir flächendeckende Verkehrsverbünde schaffen, in denen in jedem Ort mindestens ein Stundentakt angeboten wird. Neue Möglichkeiten der Digitalisierung wollen wir für innovative Konzepte im Bereich elektronischer Tarife, digitaler Steuerung aber auch RidePooling nutzen. So schaffen wir enorme Chancen für mittelständische Unternehmen u.a. im IT- und Omnibusgewerbe. In Stadt und Land bietet ein Ausbau des ÖPNV sowohl beim Bau der nötigen Infrastruktur als auch im Betrieb große Chancen für

mittelständische Unternehmen, für neue Arbeitsplätze und innovative technische Entwicklungen. Beispielsweise bieten innovative und stadtverträgliche Lieferkonzepte wie die Mikrodistribution per Lastenrad via MicroHubs neue unternehmerische Betätigungsfelder, auf die viele Firmen setzen. Im gesamten öffentlichen Verkehrssektor können in Bau und Betrieb so Hunderttausende neue Arbeitsplätze und Tausende Ausbildungsplätze in interessanten und zukunftssicheren Berufen in allen Teilen Bayerns entstehen.

## 2. Fachkräfte der Zukunft

Wir wollen die Bayerischen Arbeitnehmer\*innen gezielt für den Strukturwandel vorbereiten. Gerade in der jetzigen Zeit muss die Weiterbildung oder Umschulung der Arbeitnehmer\*innen in allen Wirtschaftsbereichen finanziell unterstützt werden. Viele von uns führen aktuell ein digitaleres Leben als noch Anfang März – das bietet auch große Chancen für Weiterbildungen!

Wir brauchen ein **Recht auf Weiterbildung**, damit das Chancenqualifizierungsgesetz auf Bundesebene, das eine Weiterbildung im Rahmen des Arbeitsverhältnisses fördert, auch genutzt wird. Zusätzlich brauchen wir eine **bessere soziale Absicherung der Arbeitnehmer\*innen durch ein Weiterbildungs-Bafög und von Arbeitslosen durch ein Weiterbildungsgeld**. Wir wollen dazu pro Landkreis mindestens eine **regionale Bildungsagentur als zentrale Anlaufstelle** vor Ort bei den Standorten der Bundesagentur für Arbeit schaffen – und damit **staatliche Förderung und Beratung aus einer Hand sicherstellen**. Die Beratung soll allen Arbeitnehmer\*innen und Unternehmer\*innen offenstehen. Damit sich Arbeitnehmer\*innen auch weiterbilden, ohne Angst haben zu müssen, in die sogenannte Teilzeitfalle zu gelangen, wollen wir Weiterbildung in Teilzeit ermöglichen und in einem Bildungszeitgesetz einen Freistellungsanspruch mit festen Rückkehrrecht auf die bisherige Wochenarbeitszeit gesetzlich garantieren. Somit kann jede\*r Arbeitnehmer\*in sich unbeschwert weiterbilden. Mit **staatlicher Unterstützung können die Arbeitnehmer\*innen und die Unternehmen auf einen nachhaltigen Strukturwandel vorbereitet** werden.

Wir GRÜNE erkennen die Wichtigkeit der Beruflichen Bildung an und wollen diese unbedingt weiter stärken. Mehr Menschen sollen von der **Möglichkeit einer Teilzeitausbildung** profitieren, so können auch beispielsweise Alleinerziehende eine Ausbildung absolvieren. Für Menschen mit Förderbedarf brauchen wir Angebote zur **assistierten Ausbildung**, so werden diese frühestmöglich in den Arbeitsmarkt integriert.

Das Handwerk und die Bildungsstätten der Wirtschaft spielen im technologischen Wandel eine immer wichtigere Rolle. Gerade bei der Aus- und Weiterbildung sind **Bildungszentren des Handwerks** von immenser Bedeutung, diese wollen wir **stärken und flächendeckend modernisieren**. So erhöhen wir nicht nur die Qualität der beruflichen Ausbildung, sondern machen diese auch für junge Menschen attraktiver.

**Zuwanderung** ist eine **Chance für die bayerische Wirtschaft**. Menschen, die nach Deutschland einwandern oder zu uns geflüchtet sind, in die Gesellschaft und in Arbeit zu integrieren, wird eine der wichtigsten Investitionen für die Zukunft sein. **Gezielte Weiterbildung und Qualifizierung über Landesprogramme sollen dazu beitragen, Migrantinnen und Migranten Perspektiven zu eröffnen und den Fachkräftemangel zu bekämpfen**.

Wir GRÜNE fordern ein **schnelleres Verfahren zur Anerkennung von Berufs- und Schulabschlüssen** aus den EU-Mitgliedsstaaten und dem außereuropäischen Ausland. Hierzu gehören insbesondere frühzeitige Informationen und gezielte Ansprache zu den Möglichkeiten der Anerkennung – auch der Arbeitgeber. Die Praxis zeigt auch heute noch, dass nicht alle Anerkennungsstellen über die erforderlichen Kompetenzen zur Bewertung von Abschlüssen verfügen, gerade in den Fällen, wo unterschiedliche Voraussetzungen (Ausbildung / Studium) für die Ausübung eines Berufs gegeben sind.

Daher fordern wir GRÜNE **einheitliche Beratungs- und Bewertungsstandards**, die eine **kompetente und schnellere Anerkennung** ermöglichen.

Die berufliche Bildung leistet einen wichtigen Beitrag, um Geflüchtete erfolgreich zu integrieren. Die „3 plus 2-Regel“ gibt Betrieben und ihren Auszubildenden, die sich als geduldete Asylbewerber in der Bundesrepublik aufhalten, mehr Rechtssicherheit. Die Duldung erstreckt sich über die gesamte Dauer ihrer dreijährigen Lehre. Nach erfolgreichem Ausbildungsabschluss wird bei anschließender Beschäftigung ein Aufenthaltsrecht für zwei Jahre erteilt. Wir GRÜNE fordern den **Ermessungsspielraum der 3+2-Regelung auszuschöpfen** und wollen **tragfähige und verlässliche Rahmenbedingungen für die Ausbildung und Beschäftigung geflüchteter Menschen schaffen**.

Wir GRÜNE fordern eine **Fortsetzung Beschäftigungspakt „Integration durch Ausbildung und Arbeit“**. Für anerkannte Asylbewerber\*innen wurde durch den Beschäftigungspakt „Integration durch Ausbildung und Arbeit“ eine gute Möglichkeit geschaffen in den Arbeitsmarkt einzusteigen. Dieses Modell muss unbedingt fortgeführt werden, da es sich in der Praxis als äußerst erfolgreich bewiesen hat. Besonderes Augenmerk sollte dabei auf geflüchtete Frauen gelegt werden, da diese bisher leider nur wenig profitieren konnten. Mehr Teilzeitausbildungen ermöglichen besonders Frauen mit Kindern einen schnellen Einstieg ins Berufsleben.

### 3. Zukunftsfähige Fahrzeugindustrie und Maschinenbau in Bayern

Wir GRÜNE wollen, dass die Mobilität der Zukunft in Bayern entwickelt und produziert wird. Vom batterieelektrischen Antrieb, der Brennstoffzelle mit Wasserstoffantrieb oder der Entwicklung von synthetischen Kraftstoffen aus grünem Strom, ist der bayerische Maschinenbau ein wesentlicher technologischer Lösungsgeber. Die **Fahrzeugindustrie und die angehängten Branchen** müssen bei dem **anstehenden Transformationsprozess unterstützt** werden. Dabei muss die E-Auto-Förderprämie so ausgestaltet sein, dass auch neue innovative Autobauer und Startups davon profitieren können. Die Unternehmen brauchen verlässliche Rahmenbedingungen durch die Politik, nur so schaffen wir Planungssicherheit und können die Mobilitätswende zielgerichtet vorantreiben.

Gerade jetzt brauchen wir unseren **starken Mittelstand** entlang der gesamten **Wertschöpfungskette**, der sich selbst in den neuen Technologien und Märkten der Triebstrangelektrifizierung etabliert. Wir müssen die mittelständischen Unternehmen in Bayern bei der Ökologisierung ihrer Produkte und Produktionsprozesse bestmöglich unterstützen, damit diese den Strukturwandel bewältigen können. Wir GRÜNE setzen dabei auf einen **ökologischen Transformationsfonds mit einem Startkapital von 300 Mio. Euro**, mit dessen Hilfe kleine und mittelständische Unternehmen, u.a. die Zulieferbetriebe in der 2. und 3. Reihe der Automobilindustrie, in Zukunftstechnologien investieren können. Außerdem soll der Fonds **regionale Zusammenschlüsse von Forschungs- und Industrieverbänden unterstützen**, um diese Mammutaufgabe an Komplexität und fachlicher Vielschichtigkeit zu bewältigen und gleichzeitig die globale Wettbewerbsfähigkeit beizubehalten. Dieser Fonds stellt für die Unternehmen eine langfristige und verlässliche Finanzierung dar und übt im Idealfall für private Investoren eine Signalwirkung aus. Unternehmen, die Mittel aus diesem Fonds beantragen, müssen bestimmte Kriterien erfüllen: Alle Investitionen müssen sich am Pariser Klimaabkommen und den SDGs der Vereinten Nationen orientieren und zur Reduzierung der Treibhausgasemissionen beitragen. Die Mittel aus diesen Fonds beschränken sich auf max. 12 Mio. € pro Betrieb bei einer Laufzeit von 5 Jahren. Die Förderquote beträgt bis zu 70 % und kann Investitionen, Betriebs- und Personalkosten abdecken. Antragsberechtigt sind nur Betriebe, die ihren Standort auch zukünftig in Bayern haben. Neben der finanziellen Unterstützung von Innovationen können auch bereits bestehende klimafreundliche Technologien gefördert werden. Bei der praktischen Ausgestaltung des Fonds fordern wir eine demokratische Kontrolle durch den Haushaltsausschuss im Bayerischen Landtag. Zudem müssen die bereits bestehenden Förderprogramme des Freistaats geprüft werden, die durch den Fonds ergänzt und damit Doppelförderungen vermieden werden.

Für E-Ladesäulen und Wasserstofftankstellen stehen im Bayerischen Haushalt bereits viele Millionen Euro zur Verfügung. Die Mittel für den Ausbau müssen nun schnell in die Fläche gebracht werden, damit die neuen Mobilitätsformen für die Unternehmen und die Bürger\*innen attraktiv sind und auch genutzt werden.

Bayern ist auch ein **traditionsreicher und wichtiger Standort der Nutzfahrzeugfertigung**. Wir GRÜNE wollen auch die Nutzfahrzeugbranche bestmöglich beim anstehenden Transformationsprozess unterstützen, besonders die Unternehmen der Logistik- und Baubranche werden weiterhin auf leistungsstarke Nutzfahrzeuge angewiesen sein. Auch diese wollen wir GRÜNE mit erneuerbaren Energien antreiben und eine größtmögliche Verlagerung des Verkehrs zurück auf die Schiene erreichen. Aktuell ist noch nicht absehbar, welche Antriebsart sich bei den Schwerlast-Lastkraftwagen durchsetzen wird. Ein Großteil der Wissenschaftler\*innen geht bisher von Nutzfahrzeugen mit einem elektrischen Antriebsstrang aus, allerdings unterscheiden sich diese in ihrer Energieversorgung (Batterie oder Wasserstoff). Wir GRÜNE wollen, dass unsere bayerische Nutzfahrzeugbranche die Innovationsführerschaft bei den Antrieben der Zukunft einnimmt.

Der **ÖPNV** wird ebenfalls ein **Wachstumssektor der Zukunft** mit großer Nachfrage an **innovativen, leisen, energieeffizienten und digital vernetzten Fahrzeugen** werden. Dies und der damit verbundene Ausbau der physischen und digitalen Infrastruktur werden zukunftssträchtige, interessante Arbeitsplätze schaffen.

#### 4. Mit Innovationen Ressourcen schützen

Wir sind in Bayern und Europa stark von Import von Öl, Kohle und anderen Rohstoffen abhängig. Diese globale Abhängigkeit müssen wir durchbrechen, in dem wir auf **Erneuerbare Energie, Recycling und Kreislaufwirtschaft setzen, nur so erreichen wir eine maximale Ressourceneffizienz**. Wir müssen Unternehmen bei ressourceneffizienten Innovationen unterstützen z. B. durch Best Practice-Beispiele oder Wettbewerbe. Wir GRÜNE fordern eine **Landesstrategie für Ressourceneffizienz**, um die Unternehmen bestmöglich zu unterstützen.

Wasser ist eine unentbehrliche Lebensgrundlage für den Menschen und andere Lebewesen. Aus diesem Grund sind Flüsse, Bäche und Seen, aber auch das Grundwasser wertvolle, sparsam zu verwendenden Ressourcen, die es zu schützen und zu bewahren gilt. Wir GRÜNE wollen daher ein **Wasserentnahmeentgelt einführen**. Dieser Wasserpfennig, wie ihn bereits viele Bundesländer eingeführt haben, würde dazu dienen, im Sinne einer ökologischen **Lenkungswirkung Anreize zu einer schonenden und effizienten Nutzung der Wasserressourcen** zu schaffen.

Die sozial-ökologische Transformation eines Unternehmens muss auch bei der Bilanzerstellung erkennbar sein, daher ist die **Gemeinwohlbilanz** ein geeignetes Mittel Nachhaltigkeit und Zukunftsfähigkeit im unternehmerischen Handeln darzustellen und Optimierungsmöglichkeiten aufzuzeigen. Wir GRÜNE wollen, dass die **landeseigenen Betriebe hier vorangehen** und so eine Leuchtturmfunktion innehaben. Später wollen wir auch bayerische Unternehmen unterstützen, zusätzlich zu ihrer Finanzbilanz eine Gemeinwohlbilanz zu erstellen.

Außerdem wollen wir **regionale Wirtschaftskreisläufe und Wertschöpfungsketten** stärken. Die Corona-Krise hat verdeutlicht, dass Lieferketten aus Kostengründen international teilweise zu konzentriert und zu abhängig von einzelnen Regionen der Welt sind. Wir brauchen hier eine **Risikoanalyse der Konzentrationen in der wirtschaftlichen Verflechtung Deutschlands**, unter anderem wollen wir Medikamente und medizinische Schutzkleidung in Deutschland produzieren. Eine höhere Diversifizierung würde die Widerstandsfähigkeit der Volkswirtschaft gegenüber externen Schocks erhöhen.

Gleichzeitig müssen wir wachsam sein und wichtige und systemrelevante Bereiche der Wirtschaft, die durch die Krise in Schwierigkeit geraten sind, unterstützen, damit es nicht zu weiteren Übernahmen aus China kommt. Als ein weiterer wichtiger Baustein einer resilienten und nachhaltigen Wirtschaft ist die regionale Vermarktung hervorzuheben, die nicht nur auf Export, sondern auch auf Binnenkonsum setzt.

Wir brauchen endlich einen gesetzlichen Rahmen in Form eines **Lieferkettengesetzes, um gleiche Wettbewerbsbedingungen am Markt und Rechtssicherheit zu schaffen**. Auch immer mehr Unternehmen fordern ein Lieferkettengesetz. Das trägt dazu bei, dass die Ausbeutung von Menschen und Natur keine Vorteile für rücksichtslose Unternehmen bringt. Wir GRÜNE unterstützen die Ankündigung der EU-Kommission einer entsprechenden europaweiten Initiative im Jahr 2021.

## 5. Mittelstand goes Digital

Auch für die Digitalwirtschaft bedeutet die Coronakrise durch Auftragsstornierungen und Liquiditätsprobleme der Kund\*innen eine Herausforderung. Gleichzeitig können hier starke Impulse für ein Wiederaufflammen der Wirtschaft nach der Krise gesetzt werden. Durch die Modernisierung von Geschäftsmodellen und die Digitalisierung bestehender Arbeitsprozesse, wird es einen regelrechten Innovationsschub geben. Um diese Entwicklung voranzutreiben, wollen wir durch einen **konsequenten Einsatz von Open Data und Open Government den Weg in eine Datenökonomie freimachen** und insbesondere kleine und mittlere Unternehmen dabei unterstützen. Der Mittelstand kann besonders von einem Technologie- sowie Wissenstransfer profitieren, zum Beispiel im Bereich der Künstlichen Intelligenz oder der Optimierung in der Nutzung der eigenen Datensätze. Erfahrungsaustausche zwischen Konzerne, Mittelstand, Start-Ups und der Wissenschaft können dabei unterstützen, dass voneinander gelernt und sich gegenseitig geholfen werden kann. Durch **Effizienzgewinne und intelligente Steuerung von Produktion, Verkehr und Energie** kann so ein wichtiger Baustein für den bayerischen Klimaschutz gesetzt werden. Datenschutz hat für uns dabei oberste Priorität.

Grundvoraussetzung für eine erfolgreiche Digitalisierung ist dabei eine **funktionierende Infrastruktur**. Diese muss **leistungsfähig, resilient und zukunftsfest ausgebaut** werden, durch ein **flächendeckendes Mobilfunknetz** und **Glasfaseranschlüsse** bis in jedes Haus. Um den Ausbau schnell und kostengünstig voranzutreiben, wollen wir darauf hinwirken, den **Netzbetreibern bestehende staatliche Infrastruktur zu fairen Konditionen** zur Verfügung zu stellen. Gerade bei den zu erwartenden Rückgängen in den Auftragsbüchern der Bauunternehmen, können Investitionen in die digitale Infrastruktur diesen Unternehmen wichtige Unterstützung bieten.

Wir GRÜNE wollen auch die Digitalisierung nachhaltig und ökologisch gestalten, daher wollen wir energieintensiven Rechenzentren finanziell unterstützen, **ihren Stromverbrauch zu senken und auf erneuerbare Energien sowie energieeffiziente Kühlsysteme** umzustellen. Durch Corona befinden wir uns an einem Wendepunkt in puncto Digitalisierung – dass sich die Welt ins Digitale dreht, begreifen wir als Chance.

## 6. Förderprogramme dem Mittelstand zugänglich machen

Der Freistaat Bayern investiert jedes Jahr enorme Summe in Forschung und Entwicklung. Hier ist es wichtig, dass diese Forschungsergebnisse allen Teilnehmer\*innen der Wirtschaft zeitnah zugänglich gemacht werden. Um dies zu gewährleisten, fordern wir ein **Konzept zur Nutzung von Forschungsergebnissen für mittelständische Betriebe**.

Bayern gibt jährlich aus dem Etat des Wirtschaftsministeriums ca. 1 Mrd. Euro für allgemeine sowie regionale und strukturelle Wirtschaftsförderung aus. Es existiert ein breiter Katalog von Fördermaßnahmen in Form von Zuschüssen, Darlehen, Zinsverbilligungen oder Unterstützung von Forschungs-



kooperationen. Fast jedes Jahr kommt ein neues Förderprogramm hinzu, ohne dass eine kontinuierliche Evaluation stattfindet. Die Fördermöglichkeiten sind so vielfältig, so dass insbesondere KMU sich ohne professionelle Unterstützung kaum einen Überblick verschaffen können. Für KMU brauchen wir eine verbesserte Beratung und einfacheren Zugang zu bayerischen Förderprogrammen. Zu den Grundlagen einer guten Wirtschaftspolitik gehört die Wirksamkeitsprüfung der Förderprogramme. Der Landtag kann nur dann die wirtschaftspolitischen Maßnahmen fundiert bewerten und kontrollieren, wenn zielgerichtete Studien durchgeführt und veröffentlicht werden. Wir GRÜNE fordern eine **kontinuierliche Evaluation aller Förderprogramm und -maßnahmen**. Alle Ergebnisse müssen dem Landtag zeitnah vorlegt werden. Wir wollen eine **deutliche Verschlankung und mehr Transparenz, um Mitnahmeeffekte zu unterbinden**. Vor Einführung eines neuen Fördertatbestandes sollen neben den Zielen der Förderung auch festgelegt werden, anhand **welcher Zielgrößen ihre Wirksamkeit gemessen werden soll**.

Wir GRÜNE fordern bei **Staatsbeteiligungen aus dem BayernFonds einen verantwortungsvollen Umgang mit Staatsgeldern**. Firmen, die weiterhin ihre Firmensitze in Steueroasen haben, hohe Manager-Boni zahlen oder als Aktienkonzern Dividenden auszahlen, Gewinne entnehmen oder Aktien zurückkaufen, sollen keine Hilfen vom Freistaat erhalten. Für uns GRÜNE ist klar, dass **aus Steuermitteln finanzierten Wirtschaftshilfen immer an Vorgaben gekoppelt** sein müssen.

Schon vor Ausbruch von Covid-19 war aufgrund von Klimakrise, demografischem Wandel und wachsender Armut offensichtlich, dass sich unser Wirtschaftssystem dringend ändern muss. Die aktuelle Pandemie verdeutlicht noch einmal mehr, dass wir unsere Wirtschaft resilienter und nachhaltiger aufstellen müssen. Die **Wirtschaftsfördermaßnahmen des Freistaates müssen dazu ihren Beitrag leisten**. Gleichzeitig müssen alle **klimaschädlichen Subventionen des Freistaats abgeschafft** werden.

Wir GRÜNE fordern, dass bis 2030 **mit bayerischen Wirtschaftsfördermitteln ausschließlich Maßnahmen finanziert und unterstützt werden, die sich an den Vorgaben des Pariser Klimaabkommens sowie an den europäischen und deutschen Klimaschutzprogrammen orientieren**.

## 7. Mittelstandsfreundliches Vergabegesetz

Das Auftragsvolumen und damit die Marktmacht der öffentlichen Hand sind riesig. Das gesamte Beschaffungsvolumen in Deutschland liegt bei jährlich über 350 Milliarden Euro; ca. 40 % davon machen die öffentlichen Vergaben der Kommunen aus. Auch der Freistaat beschafft jedes Jahr Sach- und Dienstleistungen für mehrere Milliarden Euro. Mehrfache Novellen von europäischen und Bundesvergaberechtsregelungen haben den Weg bereitet, dass neben dem Preis als Kriterium für den Zuschlag, auch ökologisch und soziale Merkmale zur Anwendung kommen können. **Bayern braucht ein eigenes Landesvergabegesetz. Inzwischen ist der Freistaat das einzige Bundesland ohne**. Damit nimmt sich Bayern die Möglichkeit, deutlich stärker auf faire, ökologische und soweit wie möglich regionale Beschaffung hinzuwirken. Hier können Aspekte wie Frauenförderung, Einhaltung von Tariftreue- und Mindestlohnpflichten, Einhaltung von ILO-Kernarbeitsnormen oder Mittelstands- und Startup-Förderung Gegenstand der geregelten Ausführungsbedingungen darstellen.

Wir GRÜNE fordern für Bayern endlich ein eigenes Landesvergabegesetz, damit sorgen wir für **gerechte Löhne, faire Lieferketten und die verbesserte Beteiligung von kleinen und mittelständischen Unternehmen sowie Startups bei öffentlichen Aufträgen**.

## 8. Bürokratie vereinfachen: E-Government vorantreiben

Bürokratie ist der Begriff, der in Politik, Wirtschaft und Gesellschaft als großer Feind gesehen wird. Kaum jemand bezweifelt aber, dass es innerhalb eines funktionierenden Staatswesens ein gewisses Maß an Bürokratie geben muss. Dabei liegen die Meinungen, was notwendig ist und was nicht, sehr weit auseinander. Laut IfM gibt es aber auch eine unterschiedliche Wahrnehmung von Bürokratie,

die von Faktoren beeinflusst werden, die einerseits in der Beschaffenheit der Bürokratie, andererseits aber auch in der betreffenden Person bzw. in ihrem Umfeld begründet sein können.

Der Nationale Normenkontrollrat (NKR) beziffert in seinem Jahresbericht 2019 den Erfüllungsaufwand für die Wirtschaft auf 4,9 Mrd. Euro. Laut Bayerischen Industrie- und Handelskammertag schultern Kleinunternehmer bis 50 Beschäftigte bis zu zehn Mal höhere Bürokratiekosten pro Mitarbeiter als Unternehmen mit mehr als 250 Mitarbeiter\*innen.

Wir GRÜNE fordern einen **deutlich beschleunigten Ausbau aller E-Government-Verfahren und E-Verwaltung**. Wir wollen, dass die gesamte Kommunikation mit Behörden einfach und digital stattfinden kann – und zwar für alle Menschen. Deshalb ist insbesondere **Barrierefreiheit** bei der Weiterentwicklung und beim Ausbau der digitalen Verwaltung konsequent mitzudenken. Die Corona-Krise hat nochmal verdeutlicht, wie dringend hier der Handlungsbedarf ist. **Förderungen durch den Freistaat sollen schnell und digital beantragt werden können**. Genehmigungsbehörden sollen dann innerhalb kurzer Fristen darüber entscheiden.

**Neue Gesetze auf Landesebene** sollen vor **Inkrafttreten einem Praxis-Check** unterzogen werden. So könnten unnötige und unverhältnismäßige Belastungen vermieden oder reduziert werden.

Die Wirtschaftsfreundlichkeit der Kommunen sollte durch konkrete Zielvorgaben erhöht werden. In Bayern gibt es bisher nur drei Landkreise, die Mitglied in der Gütegemeinschaft Mittelstandsorientierte Kommunalverwaltungen e.V. sind. Wir fordern einen **Wettbewerb anhand von messbaren Gütekriterien um die mittelstandsfreundlichsten Kommunen in Bayern**.

Um insbesondere für KMU Erleichterungen zu schaffen, muss die **Abschreibungsgrenze für geringwertige Wirtschaftsgüter auf mindestens 1.000 Euro angehoben werden**. Unternehmen mit weniger als zwei Millionen Euro Jahresumsatz sollen die Umsatzsteuer erst entrichten müssen, wenn der Kunde gezahlt hat.

## 9. Nachhaltigen Finanzen für Unternehmen und Klima

Um unsere Wirtschaft nachhaltiger zu gestalten und Mensch und Umwelt in den Mittelpunkt zu stellen, ist **Divestment** (der strategische Rückzug aus klimaschädlichen, ausbeuterischen und kriegsfördernden Investitionen) ein unverzichtbares Instrument. Wir wollen, dass die Bayerische Staatsregierung im Rahmen einer **Divestment-Strategie eine Vorbild-Rolle** einnimmt und endlich Verantwortung für das Pensionsvermögen, das Vermögen der Beteiligungsunternehmen und der Landesstiftungen übernimmt. **Bayerische Kommunen sollten bei der Entwicklung eigener Divestment-Strategien unterstützt werden**. Das ist auch ökonomisch sinnvoll.

Während viele Unternehmen, insbesondere Mittelständler und der Einzelhandel in den Innenstädten, gerade leiden, machen große Digitalkonzerne riesige Gewinne. Zugleich zahlen sie weniger Steuern als vergleichbare traditionelle Unternehmen. Deshalb ist jetzt der richtige Zeitpunkt, diesen Wettbewerbsnachteil zu beseitigen und die **europäische Digitalsteuer** nicht länger zu blockieren. Schon der Vorschlag der EU-Kommission, die Umsätze digitaler Großunternehmen an dem Ort, wo sie tätig sind, mit drei Prozent zu besteuern, würde zu geschätzten Einnahmen von fünf Milliarden Euro führen.

Im Unternehmensbereich bringt eine pauschale Steuersenkung, insbesondere im Bereich der Steuern auf den Ertrag, wenig. Insbesondere bei sinkenden Gewinnen wird der Effekt gering sein und könnte bei einer Wiederanhebung in der Zukunft zu unerwünschten Preiseffekten führen. Um Investitionen zu fördern wollen wir Unternehmen durch **großzügigere Abschreibungsregeln** entlasten. Dazu zählt die **Anpassung der Abschreibungstabellen für Anlagegüter**. Wir begrüßen die teilweise Aufnahme der Forderung unserer Grünen Bundestagsfraktion zur Erweiterung des steuerlichen Verlustrücktrags in

das Konjunkturprogramm der Bundesregierung aus dem Juni 2020. Aber gerade mit Blick auf kleine und mittelständische Unternehmen wäre eine **zeitliche Verlängerung des Verlustrücktrags** in Höhe der bereits jetzt geltenden Million angebracht. Diese Verbesserung ist zwar eine effektive Maßnahme für viele Unternehmen, doch so wie der Verlustrücktrag jetzt ausgestaltet ist, kommt er nur größeren Unternehmen zu Gute. Hier sollte die Bundesregierung im Sinne der kleinen und mittelständischen Unternehmen nochmals nachsteuern. Über eine **direkte Innovations- und Investitionsförderung wollen wir transformative CO2-freie Verfahren** und Prozesse durch direkte Zuschüsse fördern. Damit wollen wir EU-Förderprogramme ergänzen und zudem über **degressive Abschreibungen der getätigten Investitionen für CO2-freie Industrieprozesse** in Höhe von mind. 25 % auch steuerlich Anreize setzen.

## 10. Europäische Zusammenarbeit ohne Grenzkontrollen

Wir GRÜNE wollen den Bavarian Green Deal in den European Green Deal einbetten und so Synergien nutzen. Die Verwirklichung des Green Deal kann nur gelingen, wenn er in allen europäischen Regionen konsequent umgesetzt wird. Corona hat uns vor Augen geführt, wie verletzlich Liefer- und Wertschöpfungsketten in einer globalisierten Welt sein können. Mit einer ambitionierten Umsetzung der europäischen Ziele für Ressourcenschonung sowie Klimaschutz und der gleichzeitigen Fokussierung auf Digitalisierung, Innovation und Fachkräftesicherung tragen wir zur Widerstandsfähigkeit unseres Mittelstandes bei. Regionale Lieferketten und Vermarktungsstrukturen werden wir gezielt fördern. Damit werden wir einen entscheidenden Beitrag zur Stärkung der Resilienz unserer heimischen Wirtschaft leisten, um sie unabhängiger von globalen Krisenlagen zu machen. Die grenzüberschreitende Zusammenarbeit mit den Nachbarregionen ist für uns gelebter europäischer Zusammenhalt. Besonders im Alpenraum brauchen wir eine gemeinsame Strategie, um die wirtschaftliche und touristische Nutzung mit den Zielen für Klima und Biodiversität in Einklang zu bringen. Nur so können wir diese Region im Herzen Europas auch für die nächsten Generation noch nutzbar machen. In der Zusammenarbeit mit Tschechien setzen wir auf eine verstärkte wirtschaftliche Partnerschaft genauso wie auf eine konsequente grenzüberschreitende Umsetzung der Mobilitätswende, um die Grenzregion gleichzeitig stärker zu vernetzen und den Klimaschutz voranzubringen. Die von der Staatsregierung im Jahr 2015 angestregten Grenzkontrollen an der Grenze zu Österreich lehnen wir als hinderlich für Wirtschaft und ein vereintes Europa ab. Anstelle eines wirksamen Konzepts zur Aufnahme geflüchteter Menschen zu implementieren, hat sich die Staatsregierung entschieden, Herausforderungen zu verdrängen und die Grenzen zu schließen. Seit fast fünf Jahren wird gegen die Grundfreiheit des freien Warenverkehrs verstoßen und insbesondere die kleinen und mittelständischen Unternehmen, die im Grenzgebiet zwischen Bayern und Österreich tätig sind, bei der Ausübung ihrer Arbeit behindert.

Allein die Salzburger Spediteure rechnen mit einem Minus von 560.000 Euro pro Werktag. Die österreichische Wirtschaftskammer schätzt die Mehrkosten wegen der Grenzstaus an den vier großen Autobahn-Grenzübergängen auf 760.000 Euro pro Stunde. Ein Gutachten des Ifo-Institut geht von Kosten in Höhe von jährlich 15 Milliarden Euro allein aufgrund fortlaufender Kontrollen an der deutsch-österreichischen Grenze aus. Die Prognos AG kommt sogar auf Gesamtschäden für Deutschland von 235 Milliarden Euro innerhalb von 10 Jahren.

Wir GRÜNE fordern, **endlich wieder europäisches Recht in Kraft zu setzen** und die **Grenzkontrollen sofort zu beenden**.

Wir GRÜNE schaffen mit dem **Bavarian Green Deal** verlässliche Rahmenbedingungen für unsere **kleinen und mittleren Unternehmen** in Bayern und unterstützen sie bestmöglich bei der anstehenden **sozial-ökologischen Transformation**.

Gleichzeitig zeigen wir, wie **Klimaschutz, soziale Gerechtigkeit** und eine **nachhaltige Ökonomie** am **Standort Bayern** funktionieren kann.



Stand: Juni 2020



**KONTAKT:**

**Barbara Fuchs, MdL, Wirtschaftspolitische Sprecherin,  
Mittelstandsbeauftragte**

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

im Bayerischen Landtag

Maximilianeum, 81627 München

Tel.: 089 4126-2569

[barbara.fuchs@gruene-fraktion-bayern.de](mailto:barbara.fuchs@gruene-fraktion-bayern.de)

[www.gruene-fraktion-bayern.de](http://www.gruene-fraktion-bayern.de)